

Mehr Solidarität für die Ukraine: Die Schweiz muss Verantwortung übernehmen statt sich hinter Neutralität verstecken

Der schreckliche Krieg von Putin gegen die Ukraine dauert schon 18 Monate und wird immer schlimmer. Die unfassbaren Angriffe auf die Zivilbevölkerung, die Zerstörung von Getreideexporten: Putin überschreitet mit Vorsatz und mit System alle grundsätzlichen Prinzipien des Völkerrechts.

Putins Krieg ist ein Krieg nicht nur gegen die Ukraine, sondern ein Krieg gegen die Demokratie, gegen Freiheit, gegen Sicherheit in ganz Europa. Und deshalb ist es auch ein Angriff gegen die Schweiz. Und da müsste es doch völlig klar sein, dass die Schweiz alles, was in ihrer Möglichkeit steht, unternimmt, um mitzuhelfen, dass Russland diesen Krieg gegen die Ukraine verliert und Putin für seine Verbrechen bestraft wird! Die Schweiz hat als Rohstoff- und Finanzdrehscheibe einen enormen Hebel. Gerade wenn es darum geht, Putin den Geldhahn zuzudrehen. Da steht die Schweiz in mehrfacher Hinsicht in der Pflicht. Doch es geschieht viel zu wenig. Das Zögern bei der Übernahme der Sanktionen und der Suche nach den Oligarchengeldern, das Abseitsstehen der Schweiz bei der G7-Taskforce usw.: Die offizielle Schweiz, allen voran die beiden Schlüsseldepartemente von Parmelin (SVP) und Cassis (FDP), sind viel zu zurückhaltend bei der Umsetzung von international anerkannten Grundsätzen, wie etwa der aktiven Suche nach Oligarchengeldern.

Gerade angesichts der Eskalationen im Sommer könnte man doch erwarten, dass der Bundesrat als Anwalt des Völker- und Menschenrechts die Stimme erhebt und Russland lautstark kritisiert. Doch lieber versteckt sich die Schweiz – einmal mehr – hinter der Neutralität. Es gibt eine militärische Neutralität, aber es gibt keine politische und keine moralische Neutralität. Gegenüber Putins Angriffskrieg können wir nicht neutral sein, niemals und in keiner Hinsicht.

Doch eine Mehrheit in Bundesrat und Parlament gibt auf wichtige Fragen die falschen Antworten. Es ist eine absolute Heuchelei, wenn die SVP mit einer viel zu strikten Auslegung der Neutralität die Verteidigung des Friedens und der Sicherheit unseren europäischen Partnern abdelegieren will. Die Schweiz kann und muss endlich die richtigen Antworten auf diesen schrecklichen Krieg finden. Sie darf nicht länger abseitsstehen und muss Verantwortung übernehmen. Das heisst: Oligarchengelder aufdecken und humanitäre und Wiederaufbauhilfe leisten. Es heisst aber auch, dass es selbstverständlich möglich sein muss, bei einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg die Wiederausfuhr von Kriegsmaterial zuzulassen. Nichts zu unternehmen gegen Waffenexporte nach Saudi-Arabien, das im Jemen einen grausamen Krieg führt, aber die Ukraine nicht unterstützen wollen, das ist eine riesige Heuchelei von rechts.

Der Gipfel der Unmenschlichkeit war, als die rechte Mehrheit im Parlament vor den Sommerferien im Nationalrat ein 5-Milliarden-Hilfspaket für den Wiederaufbau der Ukraine und die humanitäre Hilfe abgelehnt hat. Gleichzeitig werden Milliarden zum Fenster rausgeworfen für eine Armee, die von einer völlig realitätsfernen, autonomen Verteidigung ausgeht – wo wir doch von befreundeten Staaten umgeben sind und gerade der Krieg gegen die Ukraine zeigt, dass gegen eine Atommacht nur gewinnen kann, wer auf die Solidarität der Völkergemeinschaft zählen kann.

Der Angriff auf die Ukraine zeigt, dass die Völkergemeinschaft zusammenstehen muss. Friede, Freiheit und Demokratie in ganz Europa hängen vom Ausgang dieses Kriegs ab.

Céline Widmer, Nationalrätin SP

Erschienen in der p.s. Zeitung vom 15. September 2023